

Der Staat Israel ist heute gefährdet – in anderer Weise als je zuvor seit seiner Gründung 1948. Das erklärt sich aus dem ständigen Beschuss mit Raketen kurzer Reichweite durch die Hamas aus dem 2005 geräumten Gazastreifen, der nicht verhindert, sondern nur erwidert werden kann. Alle Bemühungen, dies mittels vorübergehender Wiederbesetzung durch die übermächtige israelische Armee abzustellen, erwiesen sich als erfolglos, und der Beschuss ging sogar während der israelischen Panzerpräsenz weiter.

Zudem erfolgt ein solcher durch Raketen der Hisbollah aus dem Norden. Diese Attacken der Hamas stellen ein neues, besorgniserregendes Phänomen dar. Bis vor wenigen Jahren vermochte Zahal Angriffen der feindlichen Nachbarstaaten erforderlichenfalls durch Krieg, der für vorübergehende Ruhe sorgte, zu begegnen. Eine militärische Gefährdung, wie sie im zweiten Golfkrieg akut wurde, stellten indessen die Mittelstreckenraketen des Iran und des Irak dar.

Einheitliche proisraelische Politik

Umso wichtiger ist es, dass Deutschland mit seiner proisraelischen Politik Kurs hält. Es geschieht dies durch sämtliche demokratischen politischen Parteien unseres Landes (einschließlich der Linkspartei), die sich nicht durch die gemäß den demoskopischen Befunden sehr israelkritische Einstellung unserer Bevölkerung beeinflussen lassen.

Angela Merkel hat die Sicherheit Israels – bei den Vereinten Nationen in

New York 2007 und dann erneut in einer programmatischen Rede vor der Knesset im März 2008 – als zur deutschen Staatsräson gehörig bezeichnet. Manche haben sie hierzulande dafür getadelt, und ich selbst wurde mehrfach in diesem Sinne angesprochen. Eine solche Beanstandung halte ich indes, besonders im Lichte des Jahrhundertverbrechens der Judenverfolgung und -vernichtung im Dritten Reich, für ganz falsch.

Zusammenarbeit in allen Bereichen

Die Bundeskanzlerin vereinbarte bei ihrem Staatsbesuch eine Fortsetzung und Vertiefung der umfassenden bilateralen Zusammenarbeit in allen Bereichen, vor allem in Wissenschaft, Politik und Kultur, wie sie bereits von Konrad Adenauer in der Frühzeit unserer Verbindungen mithilfe des Luxemburger Vertrags von 1952 vereinbart und 1960 mit David Ben Gurion aufgrund der New Yorker Begegnung sowie vom – nach wie vor politisch aktiven – heutigen Staatspräsidenten Schimon Peres ausgeweitet wurde.

Die derzeitige israelische Regierung Netanjahu mit ihren nicht weniger als dreißig Ministern und neun Vizeministern stößt nicht zuletzt angesichts der als rassistisch empfundenen antiarabischen Bekundungen von Außenminister Lieberman auf Zurückhaltung; auch infolge des von Israel betriebenen Ausbaus der Westbanksiedlungen ist nicht nur Berlin irritiert, wie dies bei Liebermans Antrittsbesuch deutlich wurde. Man sollte sich jedoch mit Kritik auch deshalb zurückhal-

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der israelische Präsident Schimon Peres am 18. März 2008 in Jerusalem. Anlass des dreitägigen Besuches war der 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel in Jerusalem.

© picture-alliance/dpa, Foto: Peer Grimm



ten, weil eine solche aus Deutschland in Israel immer noch als ausnehmend peinlich angesehen wird und Tauben und Falken einander annähert. Andererseits gilt es, Kurs zu halten und geduldig auf eine Zweistaatenlösung hinzuarbeiten, obwohl eine solche von der derzeitigen Regierung in Jerusalem abgelehnt wird.

Konkrete Gefahr

Verständlich ist das israelische Drängen, den Iran vom weiteren Ausbau seines Nuklearpotenzials und der Entwicklung geeigneter Trägerprojekte abzuhalten, was in Israel – auch aufgrund der Erfahrungen des Golfkriegs – als durchaus

konkrete Gefährdung empfunden wird, erst recht wenn man die auf die Vernichtung des jüdischen Staates gerichteten Einlassungen Ahmadinedschads in Rechnung stellt. Dass es im Lichte unserer liberalen Wirtschaftsverfassung schwierig wäre, mittels handelspolitischer Maßnahmen auf einen Sinneswandel Teherans hinzuwirken, darf uns nicht davon abhalten, dieses Ziel konsequent weiterzuerfolgen.

Gerade auch mit Blick auf den militanten Islamismus gilt es, Solidarität zu bekunden und Israel nachdrücklich zu stützen. Machen wir uns seine Sorgen zu eigen!